

Übersichten

September 1999

Außenpolitik

1 Renormalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen?

Am Rande der APEC-Konferenz in Auckland/Neuseeland kam es am 11. September zu einer Aussprache zwischen US-Präsident Clinton und dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin (XNA, 15.9.99). Es war dies das erste Zusammentreffen zwischen den beiden Politikern seit der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO am 7./8. Mai 1999.

Im Vordergrund standen die WTO- und die Taiwanfrage. Clinton versicherte seinem Gesprächspartner, daß die USA den Beitritt Chinas zur WTO unterstützten. Er hoffe, daß die schwierigen Verhandlungen sobald wie möglich erfolgreich abgeschlossen würden.

Jiang wies darauf hin, daß China als Entwicklungsland anerkannt zu werden wünsche und daß die VR China für die Mitgliedschaft im Welthandelsclub nicht hinter diese Bedingung zurückgehen, also keinen unzumutbaren Preis zahlen wolle. Dieser Streit um

eine privilegierte oder aber nichtprivilegierte Mitgliedschaft Chinas in der WTO ist Hauptstolperstein bei den seit Jahren laufenden Verhandlungen, der sich wohl auch in Zukunft nicht so schnell beseitigen lassen dürfte.

Im übrigen ist und bleibt die Taiwanfrage das wichtigste Thema in den sino-amerikanischen Beziehungen und hat erst in Zusammenhang mit der „Zweistaaten“-Erklärung des taiwanischen Präsidenten Li Denghui wieder hohe Wellen geschlagen. Clinton räumte ein, daß der Vorstoß Li Denghuis auch für die USA eine Menge Ärger gebracht habe. Washington bleibe bei seinem Standpunkt, daß China durch eine einzige Regierung, nämlich durch Beijing, vertreten werde.

Jiang Zemin wies erneut darauf hin, daß die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln angestrebt werden solle, daß China sich aber andererseits „auf keinen Fall dazu verpflichten wolle, a priori den Einsatz von Waffengewalt für die Gewährleistung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität auszuschließen“.

Beide Seiten sprachen sich weiterhin für eine auf das 21. Jahrhundert gerichtete, konstruktive „strategische Partnerschaft in den beiderseitigen Beziehungen“ aus.

Am 14. September erklärte der VRCh-Botschafter in Washington, daß die beiderseitigen Beziehungen inzwischen wieder „zurück auf die alten Schienen gekommen seien“ (Zhongguo Xinwen She, in SWB, 18.9.99). Auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte am 14. September, daß der „Gipfel großen Einfluß auf die Wiederaufnahme, die Fortentwicklung und die Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen“ gehabt habe. Die Gespräche seien „positiv und konstruktiv“ verlaufen und hätten dem „Aufbau einer konstruktiven strategischen Partnerschaft in Hinblick auf das 21. Jahrhundert“ gedient. Trotz vieler Störungen befinden sich die sino-amerikanischen Beziehungen „in spiralförmiger Aufwärtsbewegung“ (*luoxuanshi shangsheng*) (Zhongguo Xinwen She, 14.9.99).

Die Begegnungen auf neutralem Boden am Rande der APEC galten vielen Beobachtern als eigentlicher Grund für Clintons und Jangs Anwesen-

heit. Während die meisten APEC-Delegierten und Staatsmänner schon kurz nach dem Ende der Konferenz wieder abreisten, blieben Clinton, Jiang Zemin und der südkoreanische Präsident Kim Dae-Yung noch mehrere Tage lang auf Staatsbesuch in Neuseeland.

Nur wenige Tage später hielt der frühere Außenminister Kissinger in Washington eine Rede, bei der er darauf hinwies, daß „China keine Gefahr für die US darstelle“ (XNA, 22.9.99). Auch sei ein Beitritt Chinas zur WTO noch 1999 vorstellbar (XNA, 29.9.99). -we-

2 USA zahlen Entschädigung für die Zerstörung der US-Botschaft in Belgrad

Noch vor dem Clinton-Jiang-Treffen in Auckland hatten die USA und die VR China eine Vereinbarung darüber getroffen, daß Beijing für die Zerstörung seiner Botschaft in Belgrad 4,5 Mio. US\$ Entschädigung erhalten solle. Der Betrag war Ende August an die VR China überwiesen worden.

Durch die versehentliche Bombardierung der Botschaft in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1999 waren, wie berichtet (C.a., 1999/5, S.483-491), drei Personen getötet und 27 verwundet worden. -we-

3 Militärübungen in der Taiwan-Straße

Am 9. Juli hatte RCh-Staatspräsident Li Denghui seine „Zwei-China“-Erklärung abgegeben (dazu ausführlich C.a., 1999/7, S. 692-698), woraufhin Beijing in dreifacher Weise reagierte, nämlich durch eine Protesterklärung des Außenministeriums, durch eine Drohung mit der Neutronenbombe und durch Militärmanöver (ebenda, S. 693 f.).

„Anfang September“ (so XNA, 11. und 13.9.99) fanden zwei großangelegte Landungsübungen vor den Küsten der Provinz Zhejiang und im südlichen Teil der Provinz Guangdong statt, an denen Einheiten der Militärregionen Nanjing und Guangzhou sowie Truppenteile des Zweiten Artilleriecorps und Reservisten teilnahmen. Paradoxerweise lag beiden Groß-

manövern die Annahme zugrunde, daß zuerst ein Angriff von Taiwan her abgewehrt werden müsse. Zu diesem Zweck wurden „Tausende“ (keine näheren Angaben!) von VBA-Soldaten und Milizionären sowie Marinesoldaten eingesetzt, die die Kontrolle über den Luftraum und den Meereszugang sicherten und den Angriffen der „Feinde“ aus der Luft und vom Meer her standhielten.

Chen Bingde, der Kommandeur der MR Nanjing, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sein Militärbezirk notfalls mehr als 100.000 zivile Schiffe für Militärzwecke mobilisieren könne.

Offensichtlich sollten die Manöver vor Zhejiang vor allem der Verteidigung dienen.

Im Südchinesischen Meer, das heißt, von seiten der MR Guangzhou her, wurde dagegen der Angriff auf einen „Feind“ geübt, der, wie aus Randbemerkungen hervorging, ohne Zweifel Taiwan war. Dieser „Feind“ wurde in einer Zangenbewegung angegriffen und durch Landungsoperationen überwältigt. Der linke Flügel, der sich aus Bodentruppen und Marineeinheiten zusammensetzte, griff den „Feind“ mit Lenkraketen, Flugzeugen, Kampfhubschraubern und Kanonenbooten an, während Minensucher und andere Einheiten Hindernisse aus dem Wege räumten und den Landungsplatz sicherten.

Zur gleichen Zeit griff der rechte Flügel, der sich aus Landungsgruppen und Spezialstreitkräften zusammensetzte, das Hafengebiet (Gaoxiong in Südtaiwan) an. Fallschirmjäger sicherten strategische Punkte, und gleichzeitig schalteten die Luftwaffe, die Artillerie und das Zweite Artilleriecorps den Feind durch blitzschnelle Angriffe aus und erstickten alle Gegenangriffe im Keim.

Um ja keine Zweifel darüber aufkommen zu lassen, wer hier als „Feind“ attackiert wurde, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des ZK-Militärausschusses, Zhang Wannian, daß Li Denghui dem „Ein-China“-Prinzip zuwidergehandelt habe und daß durch ihn die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung beseitigt worden sei. Der VRCh könne sehr wohl langfristig gar keine andere Mög-

lichkeit bleiben, als die Wiedervereinigungsfragen doch noch mit Waffen zu lösen (XNA, 13.9.99, *Mingbao*, 14.9.99). Während Beijing also die „Kanonenpolitik“ der USA geißelte, zeigte es aller Welt, wie sehr es selbst zu „kanonenpolitischen Handlungen“ in der Lage sei!

Im Anschluß an das Manöver gab sich die VBA-Führung hochzufrieden. Durch die Manöver seien mindestens fünf Zwecke erreicht - und Beweise erbracht - worden, nämlich (1) die Ausschaltung des taiwanischen Kommandosystems, (2) die Fähigkeit des Ineinandergreifens sämtlicher Waffenarten, sei es nun der Luftwaffe, der Marine, des Heeres oder der Raketeneinheiten, (3) die Fähigkeit, Kräfte zu Land und zur See massiv zusammenzuballen, (4) die Fähigkeit zur Einnahme von Häfen, zur Kontrolle eroberter Schlüsselpositionen und zur Ausschaltung der feindlichen Gegenwehr sowie (5) die Fähigkeit zur Vernichtung sämtlicher feindlicher Einheiten (in diesem Sinn: *Wen Wei Po*, 13.9.99, in SWB, 15.9.99).

Drei wichtige Punkte wurden in all den Berichten nicht (deutlich genug) hervorgehoben:

- Da war erstens die Tatsache, daß die Übungen nicht genau der „Provinz Taiwan“ gegenüber stattfanden, sondern weit nördlich davon im Ostchinesischen Meer und weit südlich davon im südlichen Guangdong.

- Zweitens wurde offensichtlich die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Einheiten der 7. US-Flotte den Taiwanern zu Hilfe eilen könnten, wie es ja bekanntlich noch im März 1996 der Fall gewesen war!

- Drittens aber wurde die Abwehrkraft Taiwans nicht zur Kenntnis genommen.

Die taiwanische Planung geht davon aus, daß die VBA in der Lage sein müsse, für ein erfolgreiches Landemanöver mindestens 300.000 Mann über die Taiwan-Straße hinweg zu transportieren. In Wirklichkeit stehe hierfür lediglich eine einzige verstärkte Infanteriedivision (mit rund 20.000 Mann) zur Verfügung.

In Taiwan verstand man deshalb die Militärmanöver eher als Warnung denn als Beginn einer ernsthaften Aktion. Außerdem zog das Jahrhunder-

terdbeben, das am 21. September weite Teile Mitteltaiwans erschütterte, die Aufmerksamkeit der Politiker und vor allem der Bevölkerung von der Taiwan-Straße ab und lenkte sie ganz auf die Katastrophe im eigenen Land. Taiwan hatte jetzt „Wichtigeres“ zu tun, als sich mit den Propagandaaktionen der VBA zu beschäftigen.

Mit Erleichterung nahm man in Taiwan auch die Streitigkeiten innerhalb der VR China um eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes zur Kenntnis. Offensichtlich hatten Teile der VBA-Generalität die Li Denghui-Erklärung zum Anlaß genommen, um mit aller Macht auf eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets zu drängen. Doch stießen sie hiermit schon bald überall auf Widerstand, vor allem auf Proteste von seiten Ministerpräsident Zhu Rongjis. Zhu ging offensichtlich davon aus, daß eine weitere militärische Eskalation dazu führen könnte, daß Investoren aus Taiwan sich künftig noch rarer machten, als es bisher ohnehin schon geschehen war. Zwischen dem militärischen und dem zivilen China hatte sich hier offensichtlich ein Konflikt angebahnt, der für Taiwan nur gut sein konnte.

Schon kurz nach Beginn der Manöverübungen hatten daraufhin die USA bekanntgegeben, sie seien bereit, an Taiwan die modernsten Anti-Raketen-Systeme zu verkaufen (SCMP, 18.9.99). Beruhigend auch, daß das Zusammentreffen zwischen Jiang Zemin und Clinton in Auckland zu einer Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen geführt - und damit eventuellen Angriffsabsichten der VR China einen weiteren Dämpfer erteilt hatte. -we-

4 Entsteht eine Achse Beijing-Kuala Lumpur?

Am 19. August fand in Beijing das Dritte Malaysisch-Chinesische Forum statt, in dem sich Vertreter beider Staaten zum „konjunkturellen Aufschwung und zur Kooperation nach der Finanzkrise“ äußerten. Gleichzeitig wurde der 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten gefeiert.

Vor allem fünf Themen, die weit über das bilaterale Verhältnis hinausreichen, standen im Mittelpunkt der Dis-

kussionen und Ansprachen, bei denen Ministerpräsident Mahathir eine besondere (und für ihn wieder einmal typisch antiwestliche) Rolle spielte.

1. Einrichtung eines Asiatischen Währungsfonds, wie er bereits von Japan vorgeschlagen, auf Betreiben der USA aber bisher verhindert worden sei. Neben dem IWF solle auf regionaler Ebene noch ein AWF entstehen, dessen Topf hauptsächlich von Japan, der finanzstärksten Macht in Asien, zu füllen sei und der sicherzustellen habe, daß die USA nicht erneut manipulativ in die asiatischen Währungssysteme eingreifen könnten.

Die 1997 ausgebrochene Finanzkrise habe die Menschen in Asien erkennen lassen, daß das gegenwärtige globale Finanzsystem nicht ausreicht, um vor allem kleinere Volkswirtschaften vor den Überfällen der Hedge-Fonds zu schützen. Auch die Tatsache, daß die Asienkrise in Rußland, und Anfang 1999 auch in Brasilien, ihr Echo gefunden habe, lasse die Notwendigkeit einer neuen Währungsordnung erkennen. Man müsse über neue Instrumente für eine Eindämmung der Kursschwankungen zwischen den Leitwährungen und über neue Mechanismen zur Bekämpfung der weltweiten Währungsspekulation nachdenken.

Ähnliche Überlegungen hatte bereits der frühere deutsche Finanzminister Lafontaine gemeinsam mit seinem japanischen Amtskollegen Kiichi Miyazawa beim ASEAN-Gipfel im Januar 1998 in Frankfurt angestellt. Notwendig sei auch eine bessere Transparenz der Finanzströme.

Während sich der Welthandel mit Waren und Dienstleistungen günstig auf Millionen von Menschen auswirke, komme die Spekulation, die mittlerweile auf das 20fache des Welthandels angestiegen sei, nur einigen tausend Personen zugute, zerstöre aber den Wohlstand vieler Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern.

2. Mahathir brachte ferner sein Lieblingsprojekt von der Gründung eines EAEC (East Asian Economic Caucus) erneut aufs Tapet und

forderte eine engere Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Ländern in Wissenschaft und Technologie.

Mit diesem Vorschlag dürfte China allerdings seine liebe Not haben, da es der APEC (Asia Pacific Economic Community) angehört, die ja ausgerechnet durch die EAEC verdrängt werden soll.

3. Autochthone Berichterstattung über Asien: Darüber hinaus forderte Mahathir, daß China und Malaysia die Führung bei der Neugestaltung des asiatischen Medienwesens übernehmen sollten. Ziel einer Neugründung müsse sein, die verzerrte Berichterstattung der Medien in bezug auf regionale und internationale Ereignisse durch eigene Medienleistungen zu ersetzen - und zu korrigieren. Auch hier gelte es, „Gleichberechtigung“ herzustellen.
4. ASEAN Regional Forum (ARF): Auch das ARF solle künftig noch mehr belebt werden. Das ARF wurde bekanntlich 1994 mit dem Ziel aus der Taufe gehoben, durch Kamingespräche schwierige sicherheitspolitische Probleme zu lösen.
5. „Pax ASEANA“: Beide Länder sollten sich schließlich besonders für eine ASEAN-Friedensordnung einsetzen. Es gelte, eine gemeinsame asiatische Friedensordnung für das 21. Jahrhundert zu schaffen (XNA, 19. und 20.8.99).

China hörte sich viele dieser Vorschläge wohlwollend an, ohne sich gleich direkt für sie zu engagieren. Immerhin aber handelt es sich hier um Themen, die bis weit ins 21. Jahrhundert hinein aktuell bleiben und die immer wieder aufgegriffen werden dürften - ob nun im Verbund mit Malaysia oder aber unabhängig davon.

Was das Engagement Mahathirs anbelangt, so ist es nicht zuletzt damit zu erklären, daß die auslandschinesischen Wähler in Malaysia für Mahathir immer wichtiger werden, so daß sich die vielen in Beijing vorgebrachten Visionen letztlich auch an eine breite Zuhörerschaft zu Hause richteten.

Der Dialog mit Malaysia dürfte sich schnell zu einem vielseitigen Gespräch zwischen China und den zehn

ASEAN-Mitgliedern erweitern. Bereits 1991 ist China ja vollberechtigter Dialogpartner der ASEAN geworden und hat seit der Dialogkonferenz von Ende Juli 1991 neben den USA, der EU und einer Reihe anderer Dialogpartner regelmäßig an den Gesprächen teilgenommen, die sich an die Außenministerkonferenz im Juli anzuschließen pflegen. Seit 1994 ist China außerdem Mitglied im ARF und diskutiert auf dieser Ebene Sicherheitsfragen, vor allem auch Probleme im Spratly-Bereich.

Auch sonst steht China mit den ASEAN-Ländern in permanentem Kontakt, sei es nun über den Vereinten Wirtschafts- und Handelsausschuß oder aber den Wissenschaftlich-Technischen Ausschuß, also zwei Gremien, die den multilateralen Dialog zwischen China und den ASEAN-Ländern institutionalisieren sollen. Beide Seiten pflegen auch eine Zusammenarbeit in den Bereichen Bankenwesen, Investitionen, Technologietransfer und Tourismus. Außerdem liegt hier der wechselseitige Handel bei einer Summe von mittlerweile über 20 Mrd. US\$ p.a. Die ASEAN-Gemeinschaft ist Chinas sechstgrößter Handelspartner - und befürwortet übrigens auch dessen Beitritt zur WTO. Die „Achsen“-Idee scheint also doch etwas übereilt zu sein. -we-

5 Haltung zu Osttimor

Am 7. Juni hatte in Osttimor die Abstimmung darüber stattgefunden, ob das Territorium bei Indonesien verbleiben oder aber selbständig werden sollte. Die Bevölkerung hatte für Selbstständigkeit plädiert, sah sich daraufhin aber schon in kurzer Zeit von proindonesischen Milizen angegriffen und genozidartigen Verfolgungen ausgesetzt (dazu C.a., 1999/8, Ü 5).

Die VR China wollte im Interesse ihres wiedergewonnenen, guten Einvernehmens zu Jakarta vornehme Zurückhaltung üben und sich nicht allzu scharf gegen das Verhalten Indonesiens aussprechen. Sie wies jedoch darauf hin, daß der UNO-Sicherheitsrat die Osttimor-Frage 1999 mehrmals debattiert und im Mai eine Resolution verabschiedet habe, daß UNO-Friedenstruppen dorthin entsandt werden sollen. China hätte, ähnlich

wie im Fall des Kosovo, diese Entsendung durch sein Veto verhindern können, hatte sich diesmal allerdings der Stimme enthalten - und damit indirekt gegen Jakarta Stellung bezogen, weil nun ja feststand, daß schon bald UNO-Friedenstruppen nach Osttimor entsandt würden. Schon vor der Wahl hatte die Beijing-Regierung darauf hingewiesen, daß sie die Abstimmung der Bevölkerung in jedem Fall gutheißen wolle (XNA, 5.9.99). Als es zu den erwähnten Ausschreitungen der Milizen kam, verlangte Beijing die Einstellung jeglicher Gewalt in Osttimor (XNA, 13.9.99). Am 30. September beschloß die VRCh, Rot-Kreuz-Hilfe sowie Nahrungsmittel und Medizin im Werte von 100.000 US\$ für Osttimor zur Verfügung zu stellen (XNA, 1.10.99). -we-

6 „Wirtschaftliche Sicherheit“ - das A und O bei der Abwehr „internationaler Finanzkriege“

Die „Asienkrise“ der Jahre 1997 ff. hat chinesischen Politikern und Sozialwissenschaftlern viel Stoff zum Nachdenken geliefert. (Vgl. dazu etwa die Themenübersicht zur „Asienkrise“ im C.a.-Jahresindex 1998, S.11, sowie C.a., 1998/11, S.1233-1237.)

In einem Beitrag des einflußreichen „Instituts für Gegenwärtige Internationale Beziehungen“ (CICIR, Vol. 9, Nr. 8, August 1999) bezeichnet der Vizepräsident dieses Instituts, Lu Chongwei, die Finanzkrise der Jahre 1997 ff. als Folge eines „großangelegten Kriegs“, der von verschiedenen „westlichen Ländern“ diesmal nicht mit Waffen und Divisionen, sondern mit wirtschaftlichen Mitteln geführt worden sei, und der bewiesen habe, daß die Finanzkraft genauso als Waffe eingesetzt werden könne, wie es in früheren Zeiten bei See- oder Landstreitkräften der Fall war. Besonders geschickt werde dieses neue Schwert von den USA gehandhabt, und zwar nicht nur gegen die Dritte Welt, sondern sogar gegen Verbündete im eigenen Lager wie die EU und Japan. Die USA hätten es zum Beispiel verstanden, den Euro als Konkurrenzwährung (wenigstens vorübergehend) klein zu halten und gleichzeitig zu verhindern, daß ein unter Führung Japans geplan-

ter AMF (Asian Monetary Fund) - in Konkurrenz zum US-beherrschten IMF - entstehen konnte.

In den Gewichtverschiebungen der vergangenen 20 Jahre sieht Lu ein Nullsummenspiel zugunsten der USA, denen es gelungen sei, die drei Hauptübel der achtziger Jahre (Defizite, Inflation und Arbeitslosigkeit) während der neunziger Jahre zu beseitigen, während sich in vielen Ländern Asiens eine gegenteilige Entwicklung eingestellt habe. Die USA hätten es verstanden, fünf Hauptschwächen des internationalen Finanzsystems zu ihren Gunsten auszunutzen, nämlich (1) das Aufkommen von Derivaten aller Art, die unseren Planeten in ein Casino verwandelt und zahlreiche Finanzschocks ausgelöst hätten, wie den Zusammenbruch der Baringsbank vom Februar 1995, die Milliardenverluste der Daiwabank von 1995 sowie den ebenfalls Milliarden verschlingenden Sumitomo Shoji-Skandal von 1996, (2) die Entstehung von rund 5.000 Hedge-Funds, von denen einige regelrechte Umzingelungsangriffe gegen asiatische und südamerikanische Währungen angezettelt und „Asien um eine Billion US\$ beraubt“ hätten, (3) den massiven Zufluß von kurzfristigen „heißen“ Geldern, die innerhalb von Sekunden durch Knopfdruck wieder abgezogen werden konnten und ganze Volkswirtschaften, wie diejenige Thailands, Malaysias, Indonesiens, der Philippinen und Südkoreas, in den Ruin getrieben hätten, (4) die Verwundbarkeit Japans, Südkoreas und einiger anderer asiatischer Nationen, die sich durch Überschuldung verwundbar gemacht hätten (die Schuldenrate in Indonesien lag 1998 bei rund 60%, diejenige der thailändischen Handelsbanken bei 49%) sowie (5) die Zunahme des Spekulationskapitals in nur wenigen Jahren: Hätten die umlaufenden Summen der zehn führenden Devisenländer 1992 noch bei 900 Mrd. US\$ gelegen, so hätten sie bis 1995 bereits ein Volumen von 1,3 Billionen US\$ erreicht -, eine Zunahme von 47% innerhalb von nur drei Jahren! Nichts sei dringlicher als eine Kontrolle über dieses wildgewordene und chaotisch herumvagabundierende Kapital.

Sogar der schlimmste westliche Spekulant, George Soros, Präsident des Quantum-(Hedge)-Fund, habe die Einrichtung internationaler Steue-

rungsmechanismen, ja vielleicht sogar einer neuen globalen Zentralbank gefordert. Doch nichts sei bisher in dieser Richtung geschehen. Vor allem die USA pochten weiterhin auf offene Märkte, wobei sie sich dreier „Theorien“ bedienten: (1) Eine „wissensgestützte Wirtschaft“ verlange einen neuen Umgang mit dem Kapital: Die einst für das Wirtschaftswachstum maßgebenden drei Faktoren Boden, Maschinenkapital und Arbeit seien durch die „Informationsrevolution“ überholt und in den Schatten gestellt worden. Die „neue Wirtschaft“ erbringe bereits 60% des amerikanischen BIP und erweise sich als Schrittmacher ohnegleichen. Die neuen Entwicklungen, die hohes Wachstum, niedrige Inflation und Langfristigkeit der wirtschaftlichen Nachwirkungen mitschbrächten, dürften nicht voreilig in ein Prokrustesbett gezwängt werden. (2) Eine weitere Annahme („stock-based economy“, „every citizen a stockholder“) gehe davon aus, daß zukunftssträchtige Entwicklungen nicht mehr vom Staat oder von einzelnen Betrieben, sondern vom Kapitalbesitz ganzer Bevölkerungsgruppen vorangetrieben würden. Die Amerikaner seien einem „Aktienmythos“ („stockmyth“) fast noch stärker unterlegen als die Japaner ihrem „Bodenmythos“ - mit der Folge, daß ungeheure Geldsummen in Bewegung geraten sind, deren Zirkulation und Chaos-Potential sich kaum noch bremsen ließen.

Nicht zuletzt aber ist es (3) der Glaube an die Kraft der Globalisierung, die jeden Einhegungs- und Bremsversuch als kontraproduktiv, ja illusionär erscheinen läßt. Hervorgehoben worden sei der Optimismus der Amerikaner durch einen nunmehr seit neun Jahren andauernden Wirtschaftsboom der US-Wirtschaft. Dabei werde übersehen, daß sich im Finanzsystem der USA bereits „große Blasen“ gebildet hätten, die jederzeit platzen könnten. Der Dow-Jones-Index sei in den 103 Jahren seines Bestehens um das 250fache gestiegen: Es dauerte 40 Jahre, bis er von 1.000 auf 2.000 Punkte gekommen war, 20 Jahre von 2.000 auf 4.000 und lediglich 4 Jahre, um dann in aller Eile die 10.000er-Marke zu durchbrechen, und zwar im März 1999. Dieser Anstieg habe mit dem realen Wirtschaftswachstum nichts mehr zu tun, sondern beru-

he nur noch auf „Phantasien“. Dieselben Überdehnungserscheinungen ließen sich auch beim NASDAQ (National Association of Securities Dealers Automated Quotations) beobachten, wo es zu „Übertreibungen“ von 25-30% gekommen sei. Die EU und Japan hätten bereits erste Rückschläge zu spüren bekommen - und seien wesentlich vorsichtiger geworden als die USA.

Welche Folgerungen habe China aus der gefährlich gewordenen Situation zu ziehen? Die generelle Antwort lautet: „Wirtschaftliche Sicherheit“, bei der es nicht nur um einen vorübergehenden Belang, sondern um eine „strategische Frage“ im wahrsten Sinne des Wortes gehe. Auch Jiang Zemin habe dies beim 2. Plenum des XV. KPCh-Kongresses (1996) betont.

Wie aber läßt sich „wirtschaftliche Sicherheit“ umsetzen? Zehn Bereiche werden vorgeschlagen:

- (1) Stärkung der „Staatskraft“ (*guoli*), ohne die es kein „Überleben der Nation“ geben könne. China müsse sich vor allem im Bereich der Erziehung und der Wissenschaft stärken.
- (2) Stärkung der „Souveränität des Staates“ gegen die Herausforderungen der „wirtschaftlichen Globalisierung“. Gegen die Logik der „grenzenlosen Wirtschaft“ könne sich China nur behaupten, wenn es eine geschickte Mischung zwischen Marktöffnung und Selbstbehauptung finde.
- (3) Währungsstabilisierung: Da Finanzmacht und Außenpolitik sich gegenseitig bestärkten, müsse China sein Heil in der Stabilisierung seiner Währung finden, die wiederum der „wirtschaftlichen Sicherheit“ auf die Sprünge helfe.
- (4) Finanzsicherheit: Da die großen Krisen des 21. Jahrhunderts voraussichtlich durch die Dynamik des Kapitals ausgelöst würden, müsse China alles tun, um hier nichts anbrennen zu lassen. Vor allem auf dem Gebiet der Bankenmodernisierung und des Kampfes gegen die Korruption sei noch einiges nachzuholen!
- (5) Sicherung des Außenhandels und des freien Zugangs für Investitionen in China.

- (6) Sicherung „strategischer Materialien“ (Getreide, Öl, Kohle, Stahl und Wasser) sowie der Energiereserven.
- (7) Sicherung der Informationswege. Hier gilt es, ein Gleichgewicht zwischen Informationszufluß und Abschottung unerwünschter Informationen („Aufbau von Informationsgrenzen“) zu finden. Vor allem müsse China in der Lage sein, „Informationskriege“ mit Aussicht auf Erfolg durchstehen zu können.
- (8) Vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen: Die Angriffe des internationalen Spekulationskapitals auf Thailand im Jahre 1997 oder aber auf den Hongkong-Dollar seien von langer Hand, also systematisch, vorbereitet worden. China müsse sich rechtzeitig auf vergleichbare Attacken einstellen.
- (9) „Vorbeugende Maßnahmen“ gegen Gefahren, die von Kreditwürdigkeitseinschätzungen („credibility-rating“) sowie von den finanziellen Maßnahmen des IMF ausgehen. Beides seien Hauptwerkzeuge „in der Hand des Westens“. Internationale Ratingagenturen hätten die Möglichkeit, mit einer einzigen Senkung des Daumens ganze Volkswirtschaften zum Einsturz zu bringen, weil einem solchen Verdikt in der Regel ein Kapitalrückzug folge.
- (10) Sicherheit gegen Abwerbungsversuche: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hätten Hunderte von russischen Wissenschaftlern ihr Land verlassen und arbeiteten mittlerweile bei der NASA oder im „militärisch-industriellen Komplex“ Israels. -we-

7 Wertschätzung der APEC

Das Treffen mit Malaysia in Beijing hat gezeigt, daß sich die VR China in einem Spagat zwischen der von Mahathir geforderten EAEC (siehe Übersicht in diesem Heft) und der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) befindet, daß sie aber im Zweifel der APEC den Vorzug gibt. Dies wurde wieder einmal deutlich bei einer Pressekonferenz des Außenministeri-

ums vom 2. September. Danach spielt die APEC für China eine „unersetzbare und katalysatorische Rolle bei der Stärkung und Förderung der regionalen Wirtschafts- und Handelskooperation und bei der Verwirklichung allgemeiner Prosperität“. Drei Punkte seien besonders hervorzuheben, nämlich (1) die Koordinierung der wirtschaftlichen Interessen aller Mitglieder durch Liberalisierung des Wirtschafts- und Handelsaustausches, (2) die Eignung der APEC als Diskussionsforum für wichtige Wirtschaftsthemen und (3) ihre Unentbehrlichkeit als einziger Mechanismus für eine regelmäßige Zusammenkunft von Spitzenpolitikern aus der asiatisch-pazifischen Region (XNA, 2.9.99).

Besonders die Zusammenkünfte zwischen Clinton und Jiang Zemin sind mittlerweile zu einer Dauerkonstante geworden. Auch am Rande des APEC-Treffens von Auckland/Neuseeland kam es erneut zu einer Begegnung zwischen Clinton und Jiang Zemin, die den Boden für eine zumindest teilweise Renormalisierung des durch die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad zerrütteten Verhältnisses ebnete. -we-

8 Nuklearfreie Zone in Zentralasien?

Während sich in der südlichen Hemisphäre bereits mehrere „nuklearwaffenfreie Zonen“ gebildet haben (auf dem asiatischen Kontinent ist dies vor allem der ASEAN-Bereich), sind solche Zonen auf der nördlichen Halbkugel bisher nirgends eingerichtet worden. Dies könnte sich jetzt schnell ändern, und zwar in der Region Zentralasien, das sich vor allem aus den fünf 1991 selbständig gewordenen Republiken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turgmenistan und Usbekistan zusammensetzt.

Mit Hilfe der UNO haben diese Länder bereits einen Vertrag entworfen, der darauf abzielt, daß andere atomwaffenbesitzende Staaten sich dazu verpflichten, dieses Gebiet nicht anzugreifen.

China hat seine Absicht zur Unterschrift bereits erkennen lassen. Auch Rußland, die USA, Frankreich und Großbritannien dürften diesen Erwartungen kaum Hindernisse in den Weg

legen. Ob aber auch die beiden bisher noch nicht offiziell als Atommächte anerkannten Staaten Indien und Pakistan solche Erklärungen abgeben, mag zweifelhaft sein.

China ist übrigens nicht nur an einer atomwaffenfreien Zone in Zentralasien, sondern darüber hinaus auch daran interessiert, daß in diesen Spannungsbereich möglichst wenig Waffen geliefert und daß vor allem die Lieferungen an die afghanischen Taliban eingestellt werden (XNA, in SWB, 30.8.99).

In Beijing gehen die Vorstellungen dahin, daß alte nachbarschaftliche Bindungen aus der Zeit der „alten Seidenstraße“ wieder aufleben. Dieses Thema wurde von einer 13-Nationen-Konferenz, an der auch China und die Türkei teilnahmen, diskutiert, und zwar Ende September in Alma-Ata (XNA, 24.9.99). Die VR China hat mit einigen der entlang der „Seidenstraße“ gelegenen Staaten bereits Abkommen über den Transportbereich abgeschlossen. Ferner ist es zu Grenzabmachungen gekommen.

Insgesamt geht es der chinesischen Regierung darum, im „Seidenstraßen“-Bereich für eine Friedens- und Stabilitätspolitik - und damit auch für bessere soziale und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen zu sorgen. Beunruhigend für China ist, wie bereits dargestellt (dazu C.a., 1999/8, S.812-813), ganz besonders die zunehmende Guerillatätigkeit islamischer Rebellen, vor allem der über die Grenzen hinweg operierenden Brigaden, die von Tschetschenien bis Xinjiang Unruhe stiften. -we-

9 „China-Kulturwoche“ in Paris

Am 1. September 1999 wurde im UNESCO-Hauptquartier in Paris die „China-Kulturwoche (*Zhongguo Wenhua Zhou*)“ eröffnet - eine Veranstaltung, die von China und der UNESCO gemeinsam ausgerichtet wurde, und zwar mit dem Ziel, China einem breiten westlichen Publikum in seiner Geschichte, Kultur, Wissenschaft, Technologie und in seinem sozioökonomischen Aufbau vorzustellen.

In zahlreichen Vitrinen waren Objekte aus einem Zeitraum von 2.400 Jah-

ren ausgestellt, angefangen von alten Glocken über Keramikgegenstände bis hin zu Gemälden, Skulpturen und der Miniaturabbildung eines Pekingopertheaters.

Erschienen war auch eine 320-Personendelegation, der Künstler und Handwerker ebenso angehörten wie Wissenschaftler und Regierungsbeamte. -we-

Innenpolitik

10 Plenartagung des Zentralkomitees nimmt Resolution zur Reform der Staatsunternehmen an

Vom 19. bis 22. Oktober hat in Beijing das 4. Plenum des XV. Zentralkomitees der KPCh getagt. Termin und allgemeine Tagesordnung wurden, wie bereits auch beim letzten Plenum im Oktober 1998, zuvor in der Presse angekündigt. Mit dreieinhalb Tagen war die Sitzungsdauer länger als in den vergangenen Jahren. Teilnehmer an dem Plenum waren 189 Vollmitglieder und 147 Kandidaten des Zentralkomitees (XNA, 7., 22.9.99).

Auf der Plenartagung wurde entschieden, Hu Jintao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und designierter Nachfolger Jiang Zemin an der Parteispitze, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission zu ernennen. Laut einer Hongkonger Meldung lag die Quote von Gegenstimmen und Enthaltungen bei der Ernennung Hu Jintaos mit 15% der Gesamtstimmenzahl sehr hoch (*Zhengming*, 1999/9, S.10). Außerdem wurden Guo Boxiong und Xu Caihou zu Mitgliedern der Zentralen Militärkommission ernannt (XNA, 22.9.99; vgl. „Data on Changes in PRC Main Leadership“ in diesem Heft).

Hauptgegenstand der Tagung war die Diskussion und Annahme einer „Resolution des Zentralkomitees der KPCh zu einigen wichtigen Fragen der Reform und Entwicklung der Staatsunternehmen“ (voller Text in RMRB, 29.9.99). Es wurde unterstrichen, daß eine Plenartagung des Zentralkomi-

tees sich zum erstenmal speziell der Frage der Unternehmensreform widme (RMRB, 23.9.99). In den offiziellen Verlautbarungen wurde der wichtige Beitrag der Staatsunternehmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Volksrepublik China und deren zentrale Rolle bei der Konsolidierung des sozialistischen Systems betont. Gegenwärtig befinde sich die Reform der Staatsunternehmen in einer „kritischen Phase“ (*guanjian jieduan*), in der einige tiefgreifende Widersprüche und Probleme angegangen werden müßten.

In der Resolution wurden Hauptziele und Leitlinien für die Reform der Staatsunternehmen bis zum Jahr 2010 formuliert, die allerdings über die seit langen Jahren in diesem Bereich verfolgten Ziele und Maßnahmen (vgl. etwa den Bericht des XV. Parteitags der KPCh, vollständig übersetzt in BR, 7.10.97, S.9-38, zusammengefaßt in C.a., 1997/9, S.857-864) hinaus kaum konkrete Reformschritte benennen. Vielmehr wird von kritischen Beobachtern eine Verzögerung innerhalb der Reformagenda darin erkannt, daß das seit Beginn der neunziger Jahre immer wieder verkündete Ziel einer Konsolidierung der maroden Staatsunternehmen „innerhalb von drei Jahren“ nun implizit erneut auf das Jahr 2001 verschoben worden ist (*Zhengming*, 1999/9, S.9; FAZ, 23.9.99).

Signifikante Veränderungen lassen sich weniger im ökonomischen als im politischen Aussagegehalt der Resolution ausmachen. So fällt auf, daß die Betonung der positiven Rolle der Privatwirtschaft, welche zuletzt im März dieses Jahres durch eine Verfassungsänderung eine erhebliche Aufwertung als „wichtiger Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft“ erfahren hatte (vgl. C.a., 1999/3, S. 267-269), in der Resolution weitestgehend zurückgenommen ist. Explizit wird vielmehr in einem Leitartikel der *Volkszeitung* klargestellt, daß am Volkseigentum als „Hauptbestandteil“ (*zhuti*) der Wirtschaft festgehalten werden müsse und eine umfassende Privatisierung keinesfalls in Frage käme (RMRB, 23.9.99, S.4). Laut einer anderen Quelle sei gar die Rede von einem „selbstmörderischen“ Kurs der Privatisierung gewesen, der in China nicht verfolgt werden solle (*Zhongguo Xinwen She*, 22.9.99, nach SWB,